



Niederschrift

zur 19. Sitzung des Integrationsrates der Stadt Lippstadt am 13.11.2018

Sitzungsraum: Sitzungsraum E.08, Ostwall 1, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Maria Kitsaki

Vorsitzende

1. stellv. Vorsitzende

Frau Vana Sidiropoulou

1. stellv. Vorsitzende

2. stellv. Vorsitzender

Herr Yilmaz Cavus

2. stellv. Vorsitzender

CDU-Fraktion

Herr Bernhard Bartscher

ordentliches Mitglied

Herr Michael Peter Demmer

ordentliches Mitglied

SPD-Fraktion

Herr Karl-Heinz Brülle

ordentliches Mitglied

Herr Josef Niehaus

ordentliches Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Holger Künemund

ordentliches Mitglied

Fraktionslose

Herr Radoslav Djukic

ordentliches Mitglied

Frau Maria Massidda

ordentliches Mitglied

Verwaltung

Herr Werner Kalthoff

stellv. Schriftführer

Frau Sarah Büttner

Schriftführerin

In öffentlicher Sitzung

Die Vorsitzende, Frau Kitsaki, eröffnet die Sitzung und heißt die anwesenden Mitglieder und die Zuhörer willkommen.

1. Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers für den Integrationsrat
281/2018

Herr Kalthoff teilt mit, dass Frau Sarah Büttner seit dem 01.09.2018 im Fachdienst Soziales und Integration tätig ist und dort u.a. unterstützend Aufgaben im Bereich Integration wahrnimmt.

„Zur Schriftführerin des Integrationsrates wird Frau Sarah Büttner bestellt.“

(Einstimmig zugestimmt)

2. Fragestunde für Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

3. Projekt "Frauen in die Gremien"
hier: Aktuelle Informationen zum geplanten Projekt
282/2018

Frau Kitsaki begrüßt die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Lippstadt, Frau Daniela Franken, die auf Anregung von Frau Massidda den aktuellen Stand des Projekts „Frauen in die Gremien“ vorstellt.

Frau Franken geht anhand der als Anlage beigefügten Präsentation zunächst auf die Ausgangslage sowie die gemeinsamen Ziele ein und weist auf die Veranstaltungen „Mehr Frauen für die Politik gewinnen“ sowie „Frauenrechte sind Grundrechte“ im Januar bzw. März 2019 in der VHS hin. Die genauen Termine sind der beigefügten Anlage zu entnehmen.

Sodann stellt Sie die vorgesehenen Inhalte/Module der geplanten Seminarreihe vor. Dabei wird positiv hervorgehoben, dass für das erste Modul „Kommunale Strukturen und die politische Arbeit vor Ort“ sowie für das letzte Modul „Haushaltszahlen lesen“ ein/e städtische Vertreter/in (Herr Neutzler bzw. Frau Rodeheger) gewonnen werden konnten und die Module passgenau auf Lippstadt zugeschnitten sind.

Ziel der Seminarreihe ist es, mehr Frauen zu ermutigen und sie mit dem nötigen „Rüstzeug“ auszustatten sowie Möglichkeiten aufzuzeigen, die Gesellschaft zu gestalten. Es sei nicht Ziel, potentielle Kandidaten in die Politik zu vermitteln, sondern lediglich Hilfestellung zu geben. Frau Franken weist zudem auf die Fragestellung hin, welche Möglichkeiten Parteien haben, das System zu ändern, um speziell Frauen anzusprechen.

Auf Nachfragen von Frau Massidda und Frau Sidiropoulou sowie der Herren Bartscher, Künemund und Niehaus informiert Frau Franken, dass

- die Anmeldungen mit Veröffentlichung des neuen Programms der VHS starten,
- die Aufnahmekapazität begrenzt ist,
- sich die Kosten für alle Module auf 150 Euro belaufen,
- da es sich um eine Modulreihe handelt, grundsätzlich keine Möglichkeit besteht, lediglich einzelne Module zu besuchen,
- bei hohem Interesse ggf. die Möglichkeit besteht, in Absprache mit der VHS einzelne Themenfelder intensiver zu betrachten,
- die Seminarreihe komplett vor Ort und überwiegend am Wochenende stattfindet, um so Familienfreundlichkeit zu gewährleisten.

Abschließend regt Frau Franken an, dass die Integrationsratsmitglieder die Informationen zu der Seminarreihe an Parteien, Migrantenselbstorganisationen (MSO) und interessierte Frauen weitergeben.

4. Asylbewerber und Flüchtlinge in der Stadt Lippstadt

hier: Sachstandsbericht

285/2018

Nach Aufrufen des Tagesordnungspunktes wird verwaltungsseitig ausgeführt, dass die Stadt Lippstadt voraussichtlich bis Ende des Jahres keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen wird. Eine darüber hinaus gehende Prognose kann nicht gegeben werden.

Aktuell erhalten noch 293 Personen laufende Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, darunter 86 Einzelpersonen und 50 Familien mit unterschiedlicher Personenzahl. Von den 293 Personen sind 180 Erwachsene und 113 Kinder, wovon 34 Kinder unter 3 Jahren und 28 Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren sind. 222 Personen wohnen aktuell noch in Übergangwohnheimen, 71 Personen leben in privaten Unterkünften.

Für den Großteil der in Lippstadt lebenden Flüchtlinge ist bereits eine Erst-Entscheidung im Asylverfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) getroffen worden. Flüchtlinge, die eine ablehnende Entscheidung erhalten haben, sind vielfach im Widerspruchs- bzw. Klageverfahren oder können aus den verschiedensten Gründen derzeit noch nicht in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden.

Hinsichtlich des Wohnungsmarktes wird verwaltungsseitig mitgeteilt, dass erfreulicherweise einige Flüchtlingsfamilien Wohnungen auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt anmieten konnten. Jedoch gestaltet sich die Wohnungssu-

che für Einzelpersonen weiterhin schwierig.

Zum Thema Kinderbetreuung wird verwaltungsseitig ergänzend ausgeführt, dass für alle Kinder aus Flüchtlingsfamilien zwischen drei und sechs Jahren bei Bedarf eine Betreuung in einer Kita sichergestellt werden konnte. Zehn Kinder unter drei Jahren aus Flüchtlingsfamilien konnten wegen fehlender Mobilität der Eltern nicht in einer Kita aufgenommen werden.

Zu den unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) wird berichtet, dass das Jugendamt der Stadt Lippstadt aktuell noch 14 Personen intensiv begleitet. Auf Nachfrage von Frau Massidda wird erläutert, dass nach Erreichen der Volljährigkeit im Einzelfall festgelegt wird, ob noch eine weitergehende Begleitung der jungen Heranwachsenden durch das Jugendamt erfolgen soll.

Auf Nachfrage von Herrn Djukic, wie viele junge Flüchtlinge sich in einer Ausbildung befinden bzw. bereits arbeiten, teilt Herr Kalthoff mit, dass vorgesehen ist, in der nächsten Sitzung einen Vertreter des Jobcenters zur Thematik „Arbeitsmarkt“ einzuladen. Dazu wird angeregt, bereits im Vorfeld mögliche Fragen zu formulieren, um eine gezielte Vorbereitung des Vertreters des Jobcenters zu ermöglichen.

Herr Brülle informiert sodann, dass er zwei Personen in einer assistierten Ausbildung begleitet, es diesbezüglich einige Schwierigkeiten gebe und weniger Nachfrage nach dieser Ausbildungsform besteht.

5. Neue Internetseite der Stadt Lippstadt 283/2018

Verwaltungsseitig wird von Frau Büttner über den aktuellen Stand der Umsetzung der Internetseite der Stadt Lippstadt im Bereich Integration berichtet. Aktuell sind auf dieser Seite neben einem kurzen Einführungstext verschiedene Themenbereiche (Aktuelle Projekte und Veranstaltungen, Integrationsrat, Integrationskonzept, Sprachförderung, Aussiedler, Tag der Begegnung der Kulturen) hinterlegt.

Wie im Vorfeld vom Integrationsrat gewünscht, wird angeregt, diese Bereiche um die Themen Migrantenselbstorganisationen (MSO) sowie einer Statistik zu ausländischen Staatsangehörigen in Lippstadt zu ergänzen. Hinsichtlich der Darstellung der in Lippstadt tätigen MSO müssen zunächst noch einige datenschutzrechtliche Aspekte geklärt werden.

Im Bereich „Aktuelle Projekte und Veranstaltungen“ wird angeregt, über städtische Veranstaltungen und Veranstaltungen in Lippstadt zu informieren sowie Links zum Veranstaltungskalender und interkulturellen Feiertagskalender einzustellen. Frau Massidda regt an, auch Förderprojekte für MSO einzustellen.

Zum Bereich Integrationsrat wird vorgeschlagen, über die Sitzungstermine sowie zu den Mitgliedern, zur Arbeit des Integrationsrates und zu den Integrationsratswahlen zu informieren. Weiterhin könnte eine Verlinkung zum Bürgerinformationssystem erfolgen sowie der Flyer des Integrationsrates zum Download zur Verfügung gestellt werden.

Die Ausführungen werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

**6. Informationen zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2019
hier: Teilbereich Integration
286/2018**

Die Informationen zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2019 im Teilbereich Integration werden vom Integrationsrat zur Kenntnis genommen. Auf Nachfrage von Frau Massidda teilt Herr Kalthoff mit, dass im Budget des Integrationsrates aktuell noch ca. 4.200 € zur Verfügung stehen.

Herr Niehaus regt an, mit den Mitgliedern des Integrationsrates eine Exkursion zu positiven Beispielen für gelungene Integration zu unternehmen. Die Herren Demmer und Niehaus bringen den Vorschlag ein, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag bzw. den Europäischen Gerichtshof in Straßburg zu besuchen. Dieser Vorschlag erfährt positive Zustimmung. Die Mitglieder bitten die Verwaltung, eine Umsetzung dieses Vorschlags im Jahr 2019 zu prüfen.

Ergänzend informiert Herr Kalthoff, dass in Kooperation mit der VHS angestrebt wird, im Jahr 2019 einen Vortrag zur Thematik „Migration“ zu organisieren. Dies wird von den Mitgliedern des Integrationsrates begrüßt.

Auf Nachfrage von Frau Massidda hinsichtlich der drei Sozialarbeiter im Flüchtlingsbereich wird mitgeteilt, dass die Stellen für 2019 weiterhin im Plan stehen.

7. Berichte der Mitglieder des Integrationsrates aus den Fachausschüssen

Stadtentwicklungsausschuss

Herr Djukic berichtet über einen Antrag der Fraktion „Die Linke“ zur Einführung einer Sozialquote im Wohnungsbau. Der Antrag wurde zurückgewiesen. Herr Demmer hält eine solche Quote für nicht zielführend. Dieser Ansicht stimmt Herr Niehaus zu.

8. Verschiedenes

§ 27 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) - Integration

In der letzten Sitzung wurde verwaltungsseitig zur ursprünglich geplanten Änderung des § 27 GO NRW berichtet, die dann allerdings nicht mehr Teil des Gesetzesentwurfs war. Herr Kalthoff teilt mit, dass es nun erneut Überlegungen zu Änderungen des § 27 GO NRW gibt. Sobald nähere Informationen hierzu vorliegen, wird in einer der nächsten Sitzungen berichtet.

Vorbesprechungen des Integrationsrates

Aufgrund der Tatsache, dass die Resonanz der Mitglieder bei den letzten Vorbesprechungen gering ausfiel, wird zukünftig kein Bedarf mehr für Vorbesprechungen gesehen.

Neuer Sitzungsplan

Herr Kalthoff teilt mit, dass der Sitzungsplan für 2019 bereits versandt wurde. Die Mitglieder bestätigen dies.

Weihnachtessen des Integrationsrates

Das gemeinsame „Weihnachtessen“ des Integrationsrates findet auf Vorschlag von Herrn Niehaus im Anschluss an die nächste Sitzung am 12.02.2019 statt. Frau Massidda erklärt sich bereit, entsprechende Räumlichkeiten zu organisieren.

Auswertung der Leistungsbezieher nach dem AsylbLG

Auf Wunsch von Herrn Brülle ist der Niederschrift eine Auswertung (nach Alter und Herkunftsland) der Leistungsbezieher nach dem AsylbLG beigefügt.

Ende der Sitzung um 19.45 Uhr

gez. Maria Kitsaki
Integrationsratsvorsitzende

gez. Sarah Büttner
Schriftführerin